

p.B.75.20. - WI/kc

Bern, den 20. April 1982

p. d. 23. 20. Arg ✓

p. B. 51. 14. 21. 20. Arg ✓

Sa 21. April 82 09

Aktennotiz

Falkland-Inseln :

Vorsprachen des britischen Geschäftsträgers a.i.  
und des belgischen Botschafters

---

Auf deren Ersuchen hin empfang ich heute zu zwei separaten Vorsprachen den britischen Geschäftsträger a.i., Botschaftsrat Lee, und den belgischen Botschafter, dessen Land zurzeit die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft inne hat. Beide Demarchen erfolgten aufgrund von offiziellen Instruktionen und hatten das Thema Falkland-Inseln/Malwinen zum Gesprächsgegenstand.

Herr Lee informierte zuerst über die bekannten Massnahmen der EG und verschiedener Commonwealth-Länder gegenüber Argentinien. Namentlich betonte er, dass die EG am 16. April beschlossen hatte, sämtliche Importe von Argentinischen Produkten-Ausnahmen: bereits in Transit oder Lizenz schon erteilt - zu suspendieren. Diese Massnahmen traten am 16. April in Kraft und dauern bis zum 17. Mai. Dann wird der Rat das Problem erneut prüfen.

Dann teilte er mit, dass seine Regierung besorgt sei, dass die von der EG beschlossenen Massnahmen auf wirtschaftlichem, finanziellem und rüstungspolitischem Gebiet mit Hilfe anderer Staaten umgangen werden könnten. Die EG hätte diese Massnahmen erlassen, um der UN-Sicherheitsresolution 502 Nachachtung zu verschaffen. Seine Regierung würde es begrüßen, wenn andere Staaten ähnliche Massnahmen ergreifen würden und die Importe von Argentinien ebenfalls suspendieren sowie die Gewährung der Exportrisikogarantie für Exporte nach Argentinien verweigern würden. Insbesondere möchte seine Regierung aber nachsuchen, dass Argentinien mit einem Waffenausfuhrverbot belegt werde und dass diesem Staat keine zusätzlichen "Openings" für seine

Produkte gewährt werden.

Ich gab ihm folgende Antwort :

- Was die Waffenausfuhr betrifft, so ist dieses Problem aufgrund unserer Gesetzgebung bereits im gewünschten Sinn geregelt.
- Was unsere Politik in Sachen Sanktionen insgesamt angeht, so schliessen wir uns solchen Massnahmen aus unserer politischen Grundhaltung heraus nicht an. Die Schweiz ist aber auch nicht gewillt, als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte zu fungieren.
- Zur ERG : Die ERG-Kommission, die über die Gewährung der Garantieerteilung befindet, ist ein von der Bundesverwaltung unabhängiges Organ.

Die Vorsprache des belgischen Botschafters und meine Antwort folgten der Linie meines Gespräches mit dem britischen Geschäftsträger.

POLITISCHE ABTEILUNG I

i.A.

B. Schenk

(B. Schenk)

Sa 21. April 82 09

Kopie an : - PRO/BRE/HTR  
- Herrn Botschafter Sommaruga (BAWI)